



„Genug Ausreden“

Monatelanges Warten auf die **Pflegeeinstufung** – und pflegebedürftige Kinder sowie Demenzkranke, die vom System kaum aufgefangen werden: Was die Team-K-Abgeordnete **Maria Elisabeth Rieder** dagegen tun will.



Anträge auf Pflegeeinstufung nehmen zu:
„Wir brauchen weniger Bürokratie und mehr Digitalisierung“

von Sylvie Debelyak

Auf den Schreibtischen stapeln sich die Ansuchen für die Pflegeeinstufung. Eigentlich wäre es vorgesehen, dass diese innerhalb von 60 Tagen bearbeitet werden – doch man hinkt hinterher, wie die Team-K-Landtagsabgeordnete Maria Elisabeth Rieder beklagt. Familien warten teilweise bis zu achteinhalb Monate auf die Pflegeeinstufung und somit auf die Auszahlung des Pflegegeldes. Pflegenden Angehörige stoßen deshalb zunehmend an ihre Grenzen.

Besonders belastend ist die Pflege von Menschen mit Demenz und von pflegebedürftigen Kindern, deren Betreuungsbedarf im aktuellen System nicht differenziert berücksichtigt wird. Sie fallen gewissermaßen durch das Raster: So gelten nämlich für alle Antragsteller dieselben Maßstäbe, unabhängig von Alter oder Erkrankung. Dies benachteiligt Demenzkranke ebenso wie Kinder mit komplexem Pflegebedarf. „Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen sind seit Jahren mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Ich kenne diese Realität auch aus persönlicher Erfahrung. Es braucht dringend eine gerechtere Einstufung und raschere Verfahren, damit Pflegegeld dort ankommt, wo es gebraucht wird“, sagt Edith Moroder, Vize-Präsidentin des Vereins ASAA.

Auch Rieder unterstreicht: „Die Kriterien müssten besser an die jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden. Demenzkranke Menschen sowie Kinder mit Beeinträchtigung

benötigen schließlich eine Betreuung rund um die Uhr – und das sieben Tage die Woche“, erklärt Rieder. Aus ihrer Sicht würde daher eine einzige zentrale Frage ausreichen: Pflegegeld – ja oder nein? „Es kann nicht sein, dass Personen mit einer Demenzerkrankung lediglich der Pflegestufe zwei zugeordnet werden, die eine Tagesbetreuung von nur vier bis sechs Stunden vorsieht“, kritisiert die Team-K-Abgeordnete deutlich. Aus diesem Grund hat sie eine Rei-

dest vorübergehend übernehmen könnten.“

Darüber hinaus betont sie die Wichtigkeit, den gesamten Ablauf zu vereinfachen, zu beschleunigen und zu digitalisieren. „Im Moment wird noch vieles schriftlich ausgefüllt. Doch wir brauchen weniger Bürokratie und mehr Digitalisierung, um die Wartezeiten spürbar zu verkürzen. Die Belastung für die Angehörigen ist einfach zu groß“, so die Team-K-Landtagsabgeordnete.



Maria Elisabeth Rieder und Edith Moroder

he von Vorschlägen erarbeitet, die im Rahmen der Septembersitzung auch in der Landtagsrunde diskutiert werden sollen. So fordert Rieder neben einer Neuausrichtung der Pflegeeinstufung unter anderem auch die Einsetzung zusätzlicher Not-Teams: „Die angehäuften Anträge müssen endlich abgearbeitet werden – was bei diesen Aktenbergen natürlich schwer zu bewältigen ist. Deshalb könnten Sozialassistentinnen oder Krankenpflegerinnen die derzeitigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen von Zusatzstunden unterstützen.

Alternativ könnte man auch überlegen, den Prozess der Pflegeeinstufung auszulagern und pensionierte Krankenpflegerinnen einzu beziehen, die diesen Dienst zumin-

Besonders betroffen von den langen Wartezeiten sind die Bezirke Bozen, Vinschgau, Meran sowie Eisacktal/Wipptal – unter anderem, weil Personal fehlt und aufgrund der infrastrukturellen Engpässe in den Sozialdiensten. Hinzu kommt, dass die Zahl an Anträgen stetig zunimmt. „Dabei ist längst bekannt, dass die Gesuche im Zuge der Pensionierungswelle keineswegs weniger werden“, sagt Rieder. „Ich lasse diese Ausreden nicht länger gelten – wer zu Hause pflegt, braucht unsere volle Unterstützung und zwar sofort!“

Besonders für Angehörige von Menschen mit Demenz stellen die lange Wartezeit auf die Pflegeeinstufung einen zusätzlichen Belastung dar, wie Edith Moroder ausführt: „Pflegenden Angehörigen ist ihre ohnehin schwere Aufgabe

in jeder Hinsicht zu erleichtern, nicht noch zu erschweren. Sie leisten nämlich auch der Gesellschaft einen wichtigen Dienst. Das Pflegegeld kann nie alle Ausgaben abdecken, aber es kann sie zumindest erleichtern.“

Die langen Verzögerungen führen dazu, dass Angehörige Betreuungskosten vorstrecken oder ihre Arbeit aufgeben müssen, um Pflege selbst zu übernehmen. „Viele Angehörige können es sich schlicht nicht leisten, die Kosten für eine Betreuungskraft zu tragen, während sie monatelang auf das Pflegegeld warten – ohne zu wissen, wie hoch dieses sein wird“, ergänzt die Team-K-Landtagsabgeordnete.

„Viele Angehörige können es sich schlicht nicht leisten, die Kosten für eine Betreuungskraft zu tragen, während sie monatelang auf das Pflegegeld warten – ohne zu wissen, wie hoch dieses sein wird.“

Maria Elisabeth Rieder

Bereits in der letzten Legislaturperiode hätten die Wartezeiten bis zu acht Monate betragen: „Dieses Problem besteht seit Jahren, doch verändert hat sich bislang wenig bis gar nichts – der große Wurf ist noch immer ausgeblieben. Die Politik hat das Thema zu lange auf die lange Bank geschoben“, unterstreicht Rieder.

Die Botschaft ist daher klar: „Wenn wir die Betreuung im häuslichen Umfeld dauerhaft stärken wollen, müssen wir handeln – und zwar sofort“, sind sich Maria Elisabeth Rieder und Edith Moroder einig.